

Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge
Herausgeber: Bioforum Schweiz
Band: 51 (1996)
Heft: 4

Artikel: Mit einer Schlacht ist der Krieg noch nicht gewonnen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-891913>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mit einer Schlacht ist der Krieg noch nicht gewonnen...

sr. In Abwesenheit der bäuerlichen Prominenz – sofern wir uns der gängigen Meinung darüber, was Prominenz sei, anschliessen – ist am 9. Juni auf dem Biohof von Uschi und Hansjörg Schneebeli in Obfelden der Sieg in der Abstimmung über den neuen Verfassungsartikel über die Landwirtschaft gefeiert worden. Für einmal gehören die «grünen» Kräfte zu den Siegern.

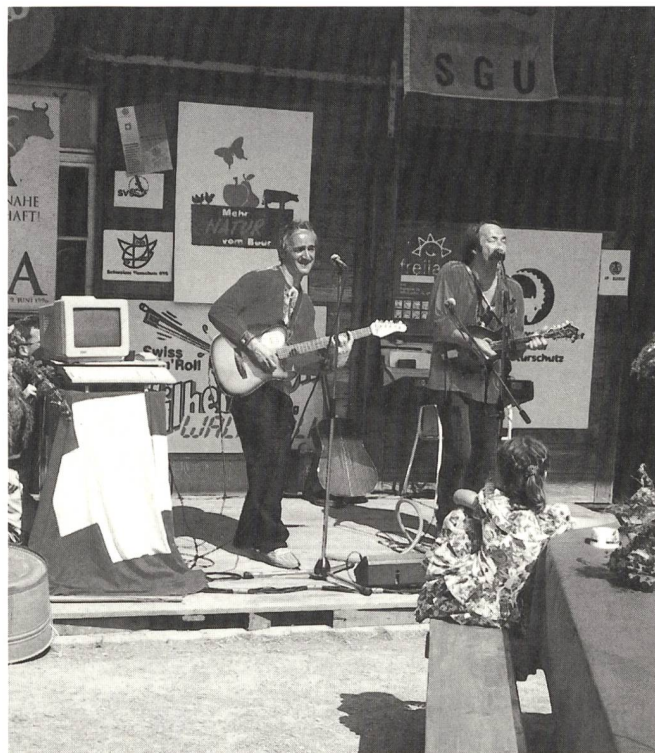
Wie lange? Wie der in der Verfassung geforderte ökologische Leistungsausweis in Gesetze und Verordnungen umgesetzt wird, wird erst die Zukunft zeigen. Die Opposition gegen die Vorlage traute sich vor der Abstimmung kaum, ihre Vorbehalte laut zu sagen. Die zahlreichen Leserbriefe in der bäuerlichen Presse und die Furcht vor einer «Öko-Diktatur» stimmen jedoch nachdenklich. Wann endlich begreifen diese Leute, dass mit dem Festhalten am Gewohnten bei den Konsumenten keine Lorbeeren mehr zu holen sind?

«Die Landwirtschaft bestimmen wir», stand als Überschrift über einem Kommentar von Walter Niederberger im «Bund» zu lesen. Mit «wir» sind die Konsumenten, alle Nicht-

bauern gemeint. Und das sind immerhin 96 % der Bevölkerung. Die bäuerliche Prominenz ist zweifellos gut beraten, wenn sie endlich anfängt, sich mit den Gegebenheiten auseinanderzusetzen, statt nach wie vor die Biobauern mitleidig zu belächeln.

Und wenn Marcel Sandoz, Präsident des Bauernverbandes, in der «BauernZeitung» schreibt: «Die Agrarpolitik ist nur mit den Bauern zu machen» dürfte er sich den genau gleichen Illusionen hingeben wie Hermann Weyeneth oder sogenannte «neue» Zusammenschlüsse von Bauern, die nach wie vor einer «alten», vergangenen Ära nachtrauern.

Dass das, was uns auf der anderen Seite als «grün» und zeitgemäss angeboten wird, bei Licht besehen nicht immer besser ist als das



Siegesfeier mit Musik und Gesang

alte, ist ein Kapitel für sich. Gerade wir Biobauern haben in der Diskussion um die zukünftige Ausgestaltung der Agrarpolitik eine zentrale Aufgabe als Vermittler zwischen den Marktfanatikern, den Ökoidealistinnen und den Systembewahrern. Die Aufgabe ist nicht leicht. Aber lohnend und interessant.

Wer stoppt den Grössenwahn der Technokraten?

Ein Gespenst geht um in Europa, seinen Ländern und Regionen. Es ist die Angst vor dem Verlust der eigenen Identität. Das Unbehagen sitzt tief, so dass jede Volksabstimmung über die europäische Einigung, ganz gleich in welchem Land, zu einer Zitterpartie wird. Es ist das Unbehagen gegenüber grossen Einheiten, gegenüber der Zentrale, gegenüber «Brüssel», aber auch gegenüber «Madrid» und «Berlin». Dieses Gespenst ist nicht einfach dadurch zu vertreiben, dass eu-

ropäische Politiker künftig mehr Bürgernähe versprechen oder davon reden, dass etwa die Kompetenzen des europäischen Parlamentes gestärkt werden müssen: Das ist sicher nötig, weil es nicht angeht, dass 15 Minister in geheimen Sitzungen entscheiden, was für 400 Millionen Menschen gut und recht sein soll, wie die Neue Zürcher Zeitung einmal sinnig geschrieben hat. Dennoch löst auch ein zentrales Parlament, das mehr Entscheidungsbefugnisse bekommt,

das zugrundeliegende Problem nicht. Echte Bürgerbeteiligung und -nähe ist damit noch nicht erreicht.

Genauso führt es in die Irre, wenn Gestrige die gegenwärtige Unsicherheit ausnutzen wollen und mit dröhnendem Vokabular die Restaurierung der «Nation» anstreben. Die Überwindung jener Nationalstaatlichkeit, die Europa in mörderische Kriege geführt hat, war ein Antrieb für die Schaffung eines